

Zelg-Notizen März 2019

War es früher einfacher zu regieren? Ich weiss es nicht. Was ich jedoch weiss, heute werden Entscheide nicht mehr einfach so akzeptiert sondern hinterfragt. Das ist richtig und wichtig. Ein kritisches Feedback ermöglicht es uns, Entscheide zu hinterfragen und gegebenenfalls auch zu optimieren.

Wo ist aber die Grenze? Letzte Woche führten wir einen Holzschlag im Gebiet üsseri Hauhaalde durch. Kommunale und kantonale Forstverantwortliche bezeichneten diesen Holzschlag als eine sinnvolle Massnahme. Auch kommunale Naturschutz- und Tierschutzorganisationen befürworteten diese Massnahme. Die Gemeinde informierte die Bevölkerung vorgängig unter anderem mit Informationstafeln, welche in diesem Gebiet aufgestellt wurden.

Kritische Fragen wurden laut und einzelne Anwohner wollten mehr über diese Massnahme wissen. Die zuständigen Personen standen auch gerne bereit, diese Massnahme zu erklären. Es ging jedoch so weit, dass einzelne Personen mit allen kommunalen und kantonalen zuständigen Stellen mehrfach Kontakt aufgenommen haben und immer weiter bis zum Regierungsrat, da immer die gleiche Antwort kam, dass es sich um eine sinnvolle Massnahme handelt und diese auch gut abgeklärt worden ist. Da alle kontaktierten Personen festgehalten haben, dass sie hinter dieser Massnahme stehen, sollte aus meiner Sicht irgendwann der Punkt erreicht sein, an welchem jemand für sich feststellen muss, dass diese Massnahme wohl in Ordnung ist und man mit seiner Ansicht in der Minderheit ist. Auch das gehört zur Demokratie, dass solche Situationen akzeptiert werden.

Auch der Ständerat hat in der letzten Woche einen Entscheid gefällt, welcher hoffentlich noch kritisch hinterfragt wird. Ist es wirklich richtig, dass die Bundesverfassung und das zwingende Völkerrecht (Verbot von Folter, Völkermord und Sklaverei) in der Schweiz nicht mehr uneingeschränkt gelten sollen? Stellt eine Ausweisung von Personen in Folterstaaten nicht ein Verrat an unserem Rechtsstaat dar? Ich bin gespannt auf diese Diskussion, denn es ist sicher einfacher und billiger Probleme auszuschaffen anstatt diese innerhalb unserer Rechtsordnung zu lösen.

Der Gemeindepräsident